

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Nachfolger für Papen gesucht

Die Regierungskrise verschärft sich — Papens Reise plötzlich abgesagt

WTB. Berlin, 16. 11.

Der Reichskanzler hat sich veranlaßt gesehen, die von ihm geplanten Besuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abzusagen, da er nach dem Ergebnis der heutigen Parteiführerbesprechungen es für richtiger hält, eine Klärung der politischen Lage abzuwarten.

Papen am Ende?

Wer wird sein Nachfolger?

Berlin, 16. November.

CNB. Die Absage der südwestdeutschen Reise des Reichskanzlers hat in politischen Kreisen natürlich erhebliche Ueberregung ausgelöst.

Die direkte Veranlassung ist in dem Ausgang der Besprechungen zu sehen, die der Kanzler heute mit den Parteiführern gehabt hat. Sie haben sich so abgespielt, daß gegen Mittag zunächst die Zentrumsführer Kaas und Joos in der Reichskanzlei erschienen sind und im Laufe des Nachmittags dann Abgeordneter Dingeldey für die Deutsche Volkspartei und Schaeffer für die Bayerische Volkspartei.

Die Einzelheiten dieser Besprechungen werden von den Beteiligten vertraulich behandelt. Was aber die große Linie der Unterhaltungen anlangt, so hat Dingeldey dem Kanzler seine Zustimmung zur nationalen Konzentration erklärt. Das gleiche gilt für die Stellungnahme der Zentrumsvertreter. Der Unterschied liegt aber darin, daß Prälat Kaas hinzugefügt hat,

unter der jetzigen politischen Staatsführung müsse der Versuch der nationalen Sammlung aussichtslos bleiben,

und daraus ergäben sich nach Ansicht des Zentrums von selbst nahegelegene Konsequenzen. Diese Erklärung ist natürlich mit einer Absage gleichzusetzen, und sie dürfte auch der Tenor der schriftlichen Aufzeichnungen sein, die die Zentrumsführer dem Kanzler übergeben haben. (Dieses Schriftstück wird übrigens nicht veröffentlicht werden.) Es ist anzunehmen, daß die Darlegungen Dr. Schaeffers für die Bayerische Volkspartei sich von dem Standpunkt des Zentrums nicht sehr wesentlich unterscheiden.

Das Schwergewicht der heutigen Besprechungen liegt aber vielleicht noch stärker in dem, was der Kanzler allen Parteiführern gesagt hat: Er hat mit Nachdruck seine früheren Erklärungen unterstrichen,

daß nichts an der Personenfrage scheitern dürfe,

wenn Deutschland aus der gegenwärtigen schwierigen Situation gerettet werden solle.

Außerlich geht nun die Entwicklung so weiter, daß das Kabinett sich am Donnerstag mit der Lage befaßt. Für Donnerstag wird auch die Antwort der Nationalsozialisten erwartet. Dann wird der Kanzler entweder noch am Donnerstag, möglicherweise aber auch erst am Freitag, dem Reichspräsidenten über seine Besprechungen mit den Parteiführern und die Stellungnahme des Kabinetts Bericht erstatten. Es ist zweifellos, daß der Kanzler auch dem Reichspräsidenten gegenüber zum Ausdruck bringen wird, was er heute den Parteiführern gesagt hat. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Reichspräsident dann auf Grund der heutigen Sondierungen des Reichskanzlers selbst die Parteiführer empfangen wird, um sie zu fragen,

welchen Mann und welches Programm sie an Stelle der „jetzigen politischen Staatsführung“ vorzuschlagen haben.

Diese Empfänge dürften Ende dieser oder Anfang nächster Woche stattfinden.

Eine Absage der SPD

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat beschlossen, der Einladung des Reichskanzlers zu einer Unterredung nicht Folge zu leisten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veröffentlichte dazu eine Erklärung, in der der Rücktritt der Regierung Papen gefordert wird.

Die ganze sozialdemokratische Presse ist von ungeheurem Stolz über diese unerhörte mutige Tat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erfüllt. Wir sind allerdings der Meinung, daß mit diesem Beschluß noch sehr wenig getan ist. Jetzt genügt es nicht mehr, eine demonstrative Geste zu machen. Jetzt müssen entschiedene außerparlamentarische Kampf-

maßnahmen vorbereitet und durchgeführt werden. Und in dieser Beziehung hat die SPD bisher alles, aber auch alles unterlassen.

Rücktritt des Gesamtkabinetts?

Nach Redaktionsschluß erfahren wir aus einer Meldung des Conti-Büros, daß sich das heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetretene Reichskabinett mit der Frage seiner Gesamtemission beschäftigt. Wahrscheinlich wird der Reichskanzler noch heute mit dem Reichspräsidenten in diesem Sinne Rücksprache nehmen.

Schwerer Konflikt in der badischen SPD

Fraktion für Mitgliedschaft gegen Konkordat

Der Streit um das nunmehr dem badischen Landtag unterbreitete Konkordat mit dem Vatikan hat zu einem Konflikt innerhalb der Badischen Sozialdemokratie geführt. Die Landtagsfraktion hat Ende letzter Woche mit Mehrheit beschlossen, sich bei der Abstimmung im Parlament der Zustimmung zu enthalten. Dieser Beschluß widerspricht aber dem Willen der Mehrheit der Mitgliedschaft; der Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie erklärt,

die Fraktionsmehrheit stelle sich bewußt in direkten Gegensatz zur Parteimehrheit, die das Konkordat ablehne;

die Fraktion wird ermahnt, ihre Haltung zum Konkordat mit dem Willen der Parteimehrheit auf eine Linie zu bringen.

Karlsruhe, 16. November.

CNB. Gegenüber der Erklärung des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Badens hat die Landtagsfraktion sofort wie folgt geantwortet: „An unsere Parteigenossen im Land! Die Erklärung des Landesvorstandes gegen die Fraktion ist ungewöhnlich, sie ist aber auch sachlich unhaltbar. Wer die Entwicklungsgeschichte des badischen Konkordats kennt, kann sich die Ansicht des Landesvorstandes nicht zu eigen machen. Wäre sie richtig, so hätten auch unsere preußischen Genossen, die positiv für ein Konkordat stimmten, parteischädigend gehandelt. Dies ist nicht der Fall (!) Die Fraktion weist deshalb den erhobenen Vorwurf mit aller Entschiedenheit als unberechtigt zurück.“

An ihrer Stellung ändert sich nichts.

Ihr dauerndes Bestreben, dem Volke Arbeit und Brot zu schaffen und die Freiheit zu erhalten, wird durch die Kirchenverträge nicht berührt. — Namens der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion: Rueckert.“

Außerordentlicher Parteitag einberufen

Mannheim, 16. November.

CNB. Die Sozialdemokratische Partei Badens wird sich in der kommenden Woche auf einem außerordentlichen Parteitag mit den Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteimitgliedschaft und Landesvorstand auf der einen und der Landtagsfraktion auf der anderen Seite im Zusammenhang mit der Frage des Konkordats beschäftigen. Man will versuchen, inzwischen im

Plenum des Landtags durch einen Vertagungsantrag die Verschiebung der Abstimmung über das Konkordat zu erreichen.

Auch der Vertrag mit der evangelischen Kirche perfekt

Karlsruhe, 16. November.

WTB. Am Montag unterzeichneten als Vertreter des Staates Staatspräsident Dr. Schmitt, Kultusminister Dr. Baumgartner und Finanzminister Dr. Mattes und als Bevollmächtigte der evangelischen Kirche der Kirchenpräsident Dr. D. Wuerth und Oberkirchenrat D. Friedrich das Vertragswerk, das alsbald dem Landtag bzw. der evangelischen Landessynode zur endgültigen Beschlussfassung zugeleitet wird.

Es kriselt in der Berliner SPD

In der Berliner Sozialdemokratie scheint die seit Jahren schwelende Unzufriedenheit der Mitglieder jetzt zum offenen Ausbruch zu drängen. Die Haltung des Berliner Bezirksvorstandes der SPD zum Berliner Verkehrsstreik hat die ohnehin vorhandene Erbitterung eines großen Teiles der Mitglieder weiter gesteigert. So gab es sogar in der Kundgebung der Eisernen Front, die kurz vor dem 6. November während des Verkehrsstreiks im Sportpalast stattfand, Entzündungsstürme, als der Bezirksvorsitzende Künstler gegen den Verkehrsstreik sprach. Der besonders schwere Verlust, den die SPD in Berlin bei der Reichstagswahl erlitten hat, verschärfte die Situation. Es kam soweit, daß sogar Ernst Heilmann in seinem „Freien Wort“ offen gegen den Berliner Bezirksvorstand wegen seiner Haltung zum Verkehrsstreik Stellung genommen hat.

Jetzt hat der Berliner Bezirksvorstand für den 26. November einen außerordentlichen Parteitag einberufen, was umso auffälliger ist, da ja erst vor wenigen Wochen ein Berliner Parteitag stattgefunden hat. Rudi Breitscheid, der eleganteste Redner der SPD, soll dort die erbitterten Funktionäre wieder beruhigen. Nachdem aber schon auf dem vorigen Parteitag die SPD-Führung heftig geißelt wurde, ist es mehr als zweifelhaft, ob Breitscheids Bemühungen Erfolg haben werden.

Übergangslösungen

Zum Arbeitsbeschaffungsprogramm der SAP

Von Hans Jacobsohn

Bei der SPD wurden in den letzten Jahren viele Programme und Forderungen aufgestellt, aber infolge Fehlens, ja Verhinderung jeglicher Massenaktion verschwanden die schönsten Programme nur wieder sang- und klanglos in der Versenkung. Mit unserem Arbeitsbeschaffungsprogramm soll und muß es anders sein. Vielen, vielleicht den meisten Genossen war es infolge Ueberlastung mit organisatorischen Dingen noch nicht möglich, sich eingehend mit ihm zu beschäftigen. Es wird Aufgabe der Schulungsarbeit sein, die mit der Frage der Arbeitsbeschaffung zusammenhängenden Probleme zu klären und die Kenntnis ihrer sachlichen Voraussetzungen zu vermitteln. Nur wenn das geschieht, wenn der revolutionäre, dialektische Sinn aller Übergangslösungen begriffen wird, kann das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu einer scharfen ideologischen Waffe der Partei im Kampf um die Gewinnung der Arbeiter für die Revolution werden.

Einem Irrtum, der aus der Auseinandersetzung mit dem Reformismus stammt, kann man immer wieder begegnen: Jede Reform — so hört man — sei „reformistisch“. Das heißt nun wirklich, das Kind mit dem Bad ausschütten. Entschieden ist vielmehr, ob man sich der Illusion hingibt, als sei eine Reform, eine durchgreifende Besserung der Lage der arbeitenden Klasse, heute im kapitalistischen System ohne revolutionären Kampf zu erreichen oder nicht. Wir bezeichnen als Reformismus jene Ideologie, die den Sozialismus nur für möglich hält als das Resultat eines allmählichen, kampflosen „Hineinwachsens“ in den Sozialismus durch Reformen der kapitalistischen Wirtschaft. Also: Umbau des kapitalistischen Systems durch Verständigung mit den Kapitalisten, wie das ja auch deutlich wird in der Praxis der reformistischen Politik durch die sozialdemokratischen „Sozialisierungs“-Anträge im Reichstag, die ausdrücklich den Unternehmern eine Entschädigung für die zu verstaatlichenden Betriebe gewährleisten wollen — das ist Reformismus. Reform an sich, aber hat nichts mit Reformismus zu tun.

Man hat weiter eingewandt: „Es gibt heute dringendere Aufgaben als die Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, das doch erst nach der Machtergreifung verwirklicht werden könnte. Es mag nichts schaden, wenn sich nebenbei einige Genossen den Kopf darüber zerbrechen, aber als Partei haben wir heute wichtigere Aufgaben zu erfüllen.“ Dieser Einwand ist — wenn man nicht dialektisch denkt — an sich ebenso richtig, wie der Hinweis auf die Tatsache, daß im Kapitalismus, vor der Machtergreifung keine Arbeit beschafft werden kann und daß aus diesem Grund ein solches Programm unnötig sei. Diese Einwände verkennen aber völlig den Charakter und die Aufgabe eines solchen Wirtschaftsprogramms in unserer heutigen Zeit.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm hat keine feste, für alle Etappen des Kampfes gültige Fassung.

Es muß vielmehr dialektisch wirken und ein Programm des Übergangs sein, d. h. es knüpft an, an die Nöte des Proletariats in der Gegenwart und weist gleichzeitig hinaus auf die sozialistische Gestaltung in der Zukunft. Es soll die lebendige praktische Verbindung darstellen zwischen den Versuchen, der Not von heute zu steuern und der Verwirklichung des Sozialismus nach der Machtergreifung. Seine Aufgabe ist: die Lethargie und die Müdigkeit der deutschen Arbeiterschaft überwinden zu helfen, sie für die Revolution zu aktivieren durch Aufstellung von praktischen, einleuchtenden Lösungen, die die unmittelbaren Lebensinteressen jedes Einzelnen vertreten, aber in ihrer Durchführung durch den notwendigerweise einsetzenden Widerstand der Kapitalisten den ganzen Widersinn dieses Systems offenbar werden lassen und zum Sturm gegen das herrschende Regime sich ausweiten müssen.

Die meisten Menschen sind nicht theoretisch, sondern praktisch veranlagt. Das Elend und die Not läßt ihnen keine Muße zu theoretischen Ueberlegungen, sie sind nur zu gewinnen durch die Anknüpfung an ihre unmittelbaren Lebensinteressen. Um sie zu ak-

...müssen wir Ihnen in der Praxis des Tageskampfes beweisen, daß wir Ihre Interessen vertreten. Dazu soll das Arbeitsbeschaffungsprogramm dienen. Es will den Sozialismus einordnen in den praktischen Aufgabenkreis der Gegenwart; es will durch konkrete Maßnahmen die Richtung angeben, in der der Weg zum Sozialismus führt. Damit ist es eine praktische Darstellung der Aufgaben, die aus den theoretischen Darlegungen unserer Prinzipienklärung und unseres Aktionsprogramms sich ergeben. Unser Aktionsprogramm sagt hierüber im Kapitel IV unter dem Titel „Vorbereitung des Kampfes um die politische Macht“ u. a.:

„Es ist deshalb notwendig, der Arbeiterklasse solche Aufgaben zu stellen, die in ihrer Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zersetzen, die den Bedürfnissen der breitesten Massen Ausdruck verleihen, auch wenn diese Massen noch nicht bewußt auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehen, die deshalb mobilisierend auf die Arbeiterklasse wirken und zugleich von den Tageskämpfen zum Kampf um die Macht überleiten. Das sind Aufgaben, die bereits über den Rahmen des bürgerlichen Staates hinausgehen, solche Maßnahmen, die - nach den Worten des kommunistischen Manifestes - „ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinausstreifen und als Mittel zur Umwälzung der Produktionsweise unvermeidbar sind.“

Alle bisherigen Arbeitsbeschaffungsprogramme versuchten eine Lösung des Arbeitslosenproblems im Rahmen des kapitalistischen Staates. Das Programm der SAP ist notwendigerweise so beschaffen, daß seine Durchführung

die Grenzen dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sprengen

muß. Denn jede durchgreifende Reform zur Beschaffung von zusätzlicher Arbeit in größerem Ausmaß ist im Rahmen des kapitalistischen Systems unmöglich, muß diesen Rahmen überschreiten und zu revolutionären Folgen führen. Der von der Krise erlittene Kapitalismus kann es sich bei Strafe seines eigenen Unterganges nicht mehr erlauben, irgendwelche Konzessionen an die Arbeiterklasse zu machen. Im Gegenteil: Der kapitalistische Staat kann seine Herrschaft nur aufrecht erhalten durch rücksichtslose Ausbeutung der breiten Massen. Arbeitsbeschaffung ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart wie der Zukunft. Heute wie nach der Machtergreifung wird die Frage der Arbeitsbeschaffung im Mittelpunkt der Aufgaben und des Interesses des Proletariats stehen. Nur wenn es der proletarischen Diktatur gelingt, Arbeit und damit Brot für alle zu schaffen, wird sie sich an der Macht halten können. Darum ist das Wirtschaftsprogramm der SAP in erster Linie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm.

An einem Beispiel aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm soll in Folgendem näher dargelegt werden, was unter „Ueberbrückungsmaßnahmen“ zu verstehen ist. Es wird für die praktische Propaganda notwendig sein, schlagwortartig einige Parolen aus dem Programm herauszuheben. Eine solche Parole ist die Forderung nach

„Inbetriebsetzung der stillgelegten Betriebe unter Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften“.

Die SAP fordert in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm das Verbot jeder weiteren Stilllegung von Betrieben. Sind die Unternehmer nicht instande, ihre Betriebe weiterzuführen, so sollen die Betriebe „unter Ausschaltung des Unternehmerprofites auf öffentliche Rechnung unter Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften“ weitergeführt werden. Unter der gleichen Kontrolle fordern wir die „systematische Öffnung der ganz oder teilweise stillgelegten Betriebe“, ohne Entschädigung an die Unternehmer. Aber auch der Produktionsplan für diese Betriebe (Wohnungsbau, Ausbau des Verkehrs usw.) könnte nur das Resultat der Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen, Arbeitergemeinden und Konsumgenossenschaften sein. Die Finanzierung dieser Maßnahmen könnte geschehen durch Einstellung der Subventionen, durch Erhöhung von Besitzsteuern u. a. Ein großes Arbeitsgebiet eröffnet sich durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland.

Vergeblich haben Brüning und Papan versucht, die Wirtschaft wieder „anzukurbeln“. Sie haben es nicht fertig gebracht, die toten Schlote wieder rauchen zu lassen. Die Maschinen verrotten weiter.

Da die Bourgeoisie versagt haben, müssen endlich die Arbeiter selbst zugreifen! Prolet, greif zu! Dazu will diese Losung den Weg weisen. Die Macht der proletarischen Klassenorganisationen muß eingreifen in den Produktionsprozeß im Sinne der sozialistischen Wirtschaftsgestaltung. Wir fordern damit die Arbeiterkontrolle der Produktion.

Es ist klar, daß die endgültige Durchführung dieser Forderungen in diesem kapitalistischen System nicht möglich ist. Aber darauf kommt es gerade an: Aus der Praxis des Tageskampfes für diese Losungen jedem Proleten die Einsicht einzuhammern, daß die Arbeiterklasse dieses System stürzen muß, wenn wieder Arbeit und Brot für alle geschaffen werden soll.

(Ein weiterer Artikel folgt)

Kleine Nachrichten

(Reuter.) Der frühere Kriegsminister unter der Regierung Amanullahs, General Ghulam Nabi Khan, der eine hervorragende Rolle in der Geschichte seines Landes gespielt hat, ist in Kabul hingerichtet worden.

Generaldirektor und Oberreichsanwalt

Die Kronzeugen können sich nicht mehr ermannen!

(Eigener Bericht der SAZ.) Leipzig, 14. November.

Bei Beginn der Nachmittagsverhandlungen teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß der Schriftsteller Berthold Jakob auf keinen Fall erscheinen werde.

Es beginnt dann die Vernehmung des Zeugen Dr. Quandt, der spätere Aufsichtsratsvorsitzende der Berlin-Karlsruher Industriewerke, der sich mehrfach außerordentlich ungünstig über Herrn von Gontard ausgelassen hat. So hat er ihn als krankhaft, voller Widersprüche bezeichnet. Ein Zusammenarbeiten sei fast nicht möglich. Heute hält der Zeuge sichlich mit seinen Aussagen zurück.

Das zeigt sich insbesondere bei der Erörterung des gegen Gontard erhobenen Vorwurfs einer Urkundenfälschung. Man beschuldigt ihn, aus einer Rückstellungsanweisung eine Zahlungsanweisung gemacht zu haben,

was ihm einen Vermögensvorteil von 650.000 Mark gebracht hätte.

Inzwischen haben sich jedoch die Kampfhandlungen und Herr Quandt bezieht sich einer außerstrenge Zurückhaltung.

Von Dr. Rosenfeld befragt, kommt er ins Stocken. Da gibt ihm plötzlich Gontard Stichworte. Richter:

„Daß Sie vorsagen, Herr von Gontard, finde ich nicht richtig.“

In diesem Zusammenhang stellt sich auch heraus, daß ein Vertreter von Gontards zweimal bei Quandt war.

Zum Schluß wird der Untersuchungsrichter, Kapitanrichters Geyer, vernommen, der jedoch nichts wesentliches zu bekunden vermag. Geyer hat die Vernehmung für einen Akt der Voruntersuchung gehalten. Daraus erklärt er sich auch, warum der Name Gontards entgegen den Bestimmungen nicht in dem Protokoll erschienen ist.

Wo sind die verschwundenen Akten?

Leipzig, 15. November.

Gleich zu Beginn der heutigen Verhandlung fällt auf, daß der Oberreichsanwalt Werner wieder erschienen ist. Während

der gestrigen Vernehmung von Gontard sekundierte der oberste Anklagevertreter des Deutschen Reiches. Er verließ seinen Platz, als von Gontard für gestern entlassen wurde.

Als jedoch der Vorsitzende mitteilt, daß die Vernehmung Gontards zunächst unterbrochen wird, um den aus Spanien herbeigeholten Zeugen Grotz zu vernehmen, eilt auch Oberreichsanwalt Werner aus dem Saale.

Der Lagerverwalter Groß sagt aus, daß er der Meinung war, die Tätigkeit B.s sollte sich nur auf die laufende Fabrikation erstrecken. Es gab darum immer Differenzen zwischen ihm und B., die jedoch später beigelegt wurden.

Die von B. angefertigten Akten über die einzelnen Läger und besonders das Großes sind spurlos verschwunden.

Auch die Polizei hat hier trotz des Wunsches von B. keine Sorgfalt an den Tag gelegt.

Es gab vier verschiedene Speisräume für die Angestellten. Je nach Rang. Die Lagerverwalter öfen für sich. Leitende Beamte, Ingenieure usw. ebenfalls. B. ob in der zweiten Kategorie, woraus sich ergibt, daß er tatsächlich Oberlagerverwalter war.

Es wird dann der Prokurist Schweitzer vernommen. Obwohl Buller ihm unterstellt war, kann der Zeuge wenig bekunden. Es ist auffallend, daß auch er wie der Herr von Gontard sich

an nichts mehr zu erinnern vermag.

Nach der Mittagspause kommt es zu einem sensationellen Zwischenfall. R.-A. Dr. Rosenfeld erhebt sich und verlangt vom Gericht, daß den Zeugen um Gontard verboten wird,

sich im Gericht untereinander zu verständigen.

Während der Pause habe Herr von Gontard Gespräche mit Zeugen geführt. Sofort erhebt sich im Zuschauerraum R.-A. von Berg, der Vertreter Gontards, um festzustellen, daß gleichfalls Familienangehörige Bullerhins Zeugenbeeinflussungen vorgenommen hätten. Das Gericht ermahnt die Zeugen, sich nicht miteinander über den Prozeß zu unterhalten. Dann wird die Verhandlung auf Donnerstag verlegt.

Interessante Offenbarungen über den 20. Juli

Aus Halle erhalten wir von besonderer Seite eine Information, die geeignet ist, die Vorgänge des 20. Juli etwas deutlicher zu beleuchten, als es bisher möglich war. Dort fand kürzlich eine Versammlung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens mit einem Referat des abgesetzten Berliner Polizeipräsidenten Weiß statt. In der Diskussion sprach der gleichfalls abgesetzte Landrat Streicher, der die Politik der SPD über den grünen Klee lobte. Dadurch wurde der Staatspartei Weiß offenbar zu Ausführlungen herausgefordert, die er sonst vielleicht nicht gemacht hätte. Er erklärte:

„Wer ist denn Schuld am 20. Juli? Die SPD! Und am meisten der Mann, der jahrelang von dieser Partei als Halbgott hingestellt worden ist (Severing) und den wegen seines Verhaltens am 20. Juli ein Ministerkollege und Genosse von ihm einen Verbrecher genannt hat. Ich war bereit, das gewaltige Machtmittel, das in seiner Hand war, die preußische republikanische Polizei, zum Schutze der verfassungsmäßigen Regierung einzusetzen, und ich weiß, daß Herr Schleicher die Reichswehr niemals gegen die Polizei, wenn sie das Regierungsviertel besetzt hätte, eingesetzt haben würde.“

Diese Erklärungen des Herrn Weiß, der ja schließlich gut informiert sein muß, passen ausgezeichnet zu den vor dem Staatsgerichtshof aufgestellten Behauptungen, Severing habe mit der Reichsregierung vorher das Maß der „Gewaltanwendung“ vereinbart. Das Bild dieses „tapferen Kämpfers“ und großen Schwätzers erstrahlt in einem immer schöneren Lichte!

Um die goldene Medaille

In unserer vorigen Nummer berichteten wir über die Komödie um die goldene Medaille und, natürlich im Scherz, erklärten wir, die Regierung Otto Braun dürfe in dieser „wichtigen“ Frage auf keinen Fall nachgeben, sondern im schlimmsten Falle müsse Gerhart Hauptmann eben 2 Medaillen erhalten. Man sollte es nicht glauben, aber es ist tatsächlich so gekommen! Die Regierung Braun konnte, so dem Dichter keine Medaille aushändigen, weil sie nämlich gar nicht in das Zimmer rein darf, in dem die Medaillen aufbewahrt werden; sie konnte auch nicht an das Staatsiegel heran, aber sie hat

getan, was nur in ihren Kräften stand: sie hat wenigstens ein Schriftstück dem Dichter ins Haus getragen, auf dem ihm die Verleihung der goldenen Medaille mitgeteilt wird. Ein paar Stunden später hat dann Gerhart Hauptmann noch ein solches Schriftstück, aber diesmal mit dem Staatsiegel und die goldene Medaille von der kommissarischen Regierung erhalten.

Man muß es der Regierung Otto Braun bescheinigen, daß sie das richtige Augenmaß für große und kleine Dinge besitzt! Als am 20. Juli die preußischen Minister aus ihren berühmten Machtpositionen verjagt wurden, da war das natürlich so unwichtig, daß die zum Kampfe entschlossenen Arbeiter wieder nach Haus geschickt wurden. Wenn es aber jetzt um die Ueberreichung einer goldenen Medaille geht, dann muß die Sache bis zum Letzten durchgefochten werden! Wir empfehlen den Herren Braun, Severing und Grimme eine neue Klage beim Staatsgerichtshof dieserhalb einzureichen.

Wieder eine gegenrevolutionäre Organisation zugelassen

Berlin, 16. November.

CNB. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der kommissarische Preussische Innenminister die Verfügung betreffend die Auflösung der im Preussischen bestehenden Gruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes - Sitz in Hamburg - aufgehoben. Einer Neugründung des Bundes in Preußen stehen damit keine Hindernisse mehr entgegen.

Große Unterschlagung in der Nazi-Reichstagsfraktion

In der nationalsozialistischen Zeitung „Der Angriff“ wird an versteckter Stelle mitgeteilt, daß „das bisherige Mitglied der NSDAP, Franz Wilke, Berlin, aus der NSDAP ausgeschlossen“ wurde. Wie wir hierzu erfahren, handelt es sich bei diesem Ausschluß nicht um irgendein Mitglied, sondern um den bisherigen Sekretär der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion. Man hat festgestellt, daß dieser saubere P.g. große Summen unterschlagen hat, und zwar zwischen 36000 und 42000 RM. Wilke ist jetzt flüchtig.

Dänemark wählt Sozialisten, Kommunisten und Konservative gewinnen

Kopenhagen, 17. November. WTB. Die Ergebnisse der Wahlen zum Folketing stellen sich heute folgendermaßen dar:

Sozialisten 660.782 Stimmen gegen 593.191 bei den letzten Wahlen, danach 62 Mandate gegen 61 in der letzten Wahl; Gemäßigte Linke 381.760 Stimmen gegen 402.121 und 38 Mandate gegen 44; Konservative 289.525 Stimmen gegen 233.935 und 27 Mandate gegen 23; Linksradikale 145.206 Stimmen gegen 151.746 und 14 Mandate gegen 16; Georgisten (Rechtsverband) 41.215 Stimmen gegen 25.810 und 4 Mandate gegen 3; Kommunisten 17.172 Stimmen gegen 3656 und 2 Mandate gegen 0; Partei der Schleswiger (Deutsche) 8867 Stimmen gegen 9787 und 1 Mandat wie bei der vorigen Wahl; Nationalsozialisten 786 Stimmen gegen 0 und kein Mandat. Im allgemeinen ergaben die Wahlen Verluste für die Linksradikalen und die gemäßigte Linke zugunsten der Konservativen und der Sozialisten.

Trotzki reist nach Dänemark

Trotzki hat die Erlaubnis erhalten, sich zu einem kurzen Aufenthalt nach Dänemark zu begeben. Er hat am 15. November an Bord eines italienischen Dampfers Konstantinopel verlassen. In Athen versuchten Kommunisten gegen Trotzki zu demonstrieren. Sie wurden aber von der Polizei, die überall besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen hatte, zurückgedrängt.

Erste Kämpfe in der Mandchurei

Die Besetzung und Aufrechterhaltung seiner Machtstellung in der Mandchurei kommt Japan immer teurer zu stehen. In letzter Zeit hat sich der Widerstand der chinesischen Freischärler, Partisanengruppen usw. immer mehr verstärkt. Sie treten einmal da, einmal dort und in immer größerer Stärke auf, besetzen zeitweilig ganze Städte, vernichten die von den Japanern geschaffenen Positionen, unterbrechen Eisenbahnlinien und Telegraphenleitungen usw. Der Kampf dagegen erfordert von Japan, zumal in der gegenwärtigen Jahreszeit mit dem sehr strengen Winter in der Mandchurei, ungeheure persönlich-militärische und finanzielle Opfer. Heute liegen folgende Meldungen vor:

Paris, 16. November.

Nach einer Havas-Meldung aus Schanghai setzten die Freiwilligen ihre Angriffe gegen die südmandchurischen Eisenbahnstationen in der Gegend von Kaiyuan fort. Der Zugverkehr und auch die Telegraphenlinien sind unterbrochen. Gegen Anganki ist eine größere Aktion der Freiwilligen in Vorbereitung.

Nicole im Hungerstreik

Genf, 16. November.

WTB. Der im Zusammenhang mit den Genfer Unruhen verhaftete sozialistische Nationalrat Nicole steht seit zwei Tagen im Hungerstreik.

Verhandlung ohne Angeklagte

Ein einzig dastehender Skandal

Berlin, 15. November.

CNB. In der heutigen Verhandlung des Felsenack-Prozesses stellte der kommunistische Verteidiger Löwenthal den Antrag, die in der gestrigen Sitzung wegen ihres unbotmäßigen Verhaltens ausgeschlossenen fünf kommunistischen Angeklagten wieder zuzulassen. Nach längerer Beratung lehnte das Gericht den Antrag ab. Der Ablehnung verfiel auch ein weiterer Antrag der Verteidigung, der bezweckte, nach der Vernehmung eines jeden Zeugen dem Verteidiger Gelegenheit zu einer Rücksprache mit seinem Mandanten zu geben, um danach die entsprechenden Fragen an den Zeugen richten zu können.

Kommunistischer Arbeiter zum Tode verurteilt

Chemnitz, 16. November.

Vom Chemnitzer Schwurgericht wurde der 50 Jahre alte kommunistische Arbeiter Bartel zum Tode verurteilt. Er war beschuldigt, in einem Café einen Nationalsozialisten überfallen und getötet zu haben. Wir kommen auf das Urteil zurück.

Genosse Bobzien endlich aus der Haft entlassen

Unser Hamburger Genosse Franz Bobzien, einer der Führer der dortigen SAP und des SJV, ist nach einer halbjährigen Untersuchungshaft, die wegen eines Hochverratsverfahrens über ihn verhängt wurde, jetzt endlich wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Das Verfahren geht aber weiter, und Bobzien muß sich jede Woche zweimal bei der Polizei melden. Wir begrüßen den Genossen Bobzien in unserem Kreise und freuen uns, daß er nun wieder am Kampf der SAP und des SJV teilnehmen kann.

... ausschließlich SA ...

Die Aufklärung der Terror-Akte

Entgegen anders lautenden Pressenachrichten sind, wie die Justizpressestelle mitteilt, im Landgerichtsbezirk Görlitz in 19 Ortschaften insgesamt 33 politische Terror-Akte verübt worden. Die Mehrzahl der Fälle ist aufgeklärt worden.

In diesen Fällen sind die Täter, die ausschließlich der SA und der NSDAP angehören, geständig.

In Untersuchungshaft befinden sich zur Zeit noch 20 Angehörige der SA. Flüchtling sind 4 Personen, nämlich der Sturmbannführer Hauptmann a. D. Edmund von Manstein aus Beerberg bei Marklissa, der Sturmführer Eisenbahnerschaffner a. D. Heinrich Küster

Roter November

Morgenfeier der Abteilung Westen Sonntag, 20. November, 10 Uhr, im Zentralballsaal. Es läuft der Russenfilm: „Der Weg ins Leben“. Die „Roten Rufer“ spielen eine Revue.

aus Lauban und die SA-Leute Arbeiter Paul Wieland aus Kerzdorf und der Mechaniker Josef Kramheller aus Görlitz. Die Ermittlungen werden fortgesetzt. Ein Hauptverhandlungstermin ist noch nicht anberaumt worden.

Tragödie der Arbeitslosigkeit

Neisse, 16. November

Vor dem Neisser Schwurgericht hatte sich der Arbeiter Erich Scholz aus Großmangsdorf zu verantworten, der beschuldigt war, in der Nacht vom 18. zum 19. April dieses Jahres versucht zu haben, seine Ehefrau und seine beiden Kinder im Alter von 10 und 4 Jahren zu erfordern. Anlaß zu der Schreckensstat, deren Auswirkungen nach den medizinischen Sachverständigen drei geistige Krüppel sind, war der

wachsende Haß eines langjährigen Arbeitslosen

auf die Umwelt, der sich nach und nach gegen die eigene Ehefrau verdichtete. Die bedauernswerte Frau bestritt seit längerer Zeit allein die Kosten des Haushalts und genießt wegen ihres tapferen Lebenskampfes im Dorfe allgemeine Sympathie. Der Angeklagte hat, wie das Gericht in der Urteilsbegründung feststellte, in einem jähen Wutanfall mit einer scharfen Axt nachts auf die schlafende Frau und die erschreckt jammernden Kleinen eingeschlagen, die allesamt folgenschwere Ver-

Novemberfeier

Jugendkundgebung des SJV am Sonntag, den 20. November, 10 Uhr, im Proleton. Es läuft ein Russenfilm: „Der Weg ins Leben“. Karten sind bei allen Funktionären zu haben.

wundungen und Gehirnerkrankungen erlitten. Die medizinischen Sachverständigen bezeichnen Scholz als typischen Psychopaten, der jedoch trotz deutlicher Charakterschwäche für seine Handlungsweise voll verantwortlich ist. Das Urteil lautete wegen versuchten Totschlags auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Kumpeltod

Waldenburg, 15. November.

Im Betriebe der Glückhülff-Friedenshoffnungs-Grube ereignete sich in der Nacht zu Dienstag ein tödlicher Unglücksfall. Der 26 Jahre alte verheiratete Hauer Erich Schubert aus Felhammer wurde durch hereinbrechende Gesteinsmassen getötet.

Mord in Freyhan

Militsch, 15. November.

Die 63 Jahre alte unverheiratete Else Weinert wurde am Dienstag früh ermordet aufgefunden. Als ein Bäckerlehrling der Weinert, die in Freyhan ein kleines Kolonialwarengeschäft betrieb, die Semmeln bringen wollte, fand er die Frau nur mit einem Hemd bekleidet hinter dem Ladentisch liegend tot auf. Das Gesicht wies blutige Verletzungen auf. Da sowohl die Ladentür als auch ein als Schaufenster dienendes Ladenfenster offenstanden, vermutet man, daß die Frau einem Mord zum Opfer gefallen ist.

Die Polizei berichtet: „Am 15. November gegen 7 Uhr 15 wurde in Freyhan, Breslauer Straße 17, am Ring, die 63 Jahre alte unverheiratete Kolonialwarenhändlerin Else Weinert in dem Verkaufsraum ihres Ladens ermordet aufgefunden. Die Leiche weist eine Anzahl Kopfverletzungen auf, die anscheinend mit einem stumpfen Gegenstand beigebracht worden sind. Den Umständen nach scheint es sich um einen Raubmord zu handeln. Vermutlich ist die Weinert während der Nacht durch einen überraschten Einbrecher niedergeschlagen worden. Die Ermittlungen sind durch die Mordkommission des Polizeipräsidenten Breslau im Verein mit den zuständigen Landjägereibeamten aufgenommen worden. Für Nachrichten aus dem Publikum, die zur Ergreifung der Täter beitragen können, ist eine Belohnung von 1000 RM beantragt worden.“

Wieder Nazikrawalle an der Breslauer Universität

Genosse Goldschmidt verletzt — Dekan Waldecker legt sein Amt nieder

Als mit dem heutigen Tage Professor Cohn, Dozent der juristischen Fakultät in Breslau, seine durch die kürzlichen Krawalle der nationalsozialistischen Studenten unterbrochene Vorlesung wieder aufnehmen, kam es zu erneuten Störungen der nationalsozialistischen Studentenschaft, die schließlich in Tätlichkeiten ausarteten. Schon längere Zeit vor Beginn der Vorlesung war der Korridor des ersten Stocks des Universitätsgebäudes mit einer johlenden Menge angefüllt. Als dann Professor Cohn in Begleitung des Rektors der Universität Brockelmann und des ehemaligen II Dekans der juristischen Fakultät, Professor Fischer, den Hörsaal betrat, steigerte sich der Redau so stark, daß er bis auf dem Universitätsplatz zu hören war. Mit Rufen „Juden raus!“ und Liedern wie „Muß ich denn zum Städtlein hinaus“ und „Deutschland über alles“ bewies man, daß man in jeder Weise die akademischen Führerqualitäten auf dem Wege ins dritte Reich besitze. Nach einiger Zeit schließlich wurde die Tür des Hörsaals eingedrückt und die geistige Hefe der deutschen Nation stürmte mit großem Miß gegen die nur ungefähr zwanzig Hörer und Hörerinnen der Vorlesung des Professors Cohn an. Durch die eingedrückte Tür floßen zwei Reagenzgläser mit einer roten Flüssigkeit. Der Rektor war den Anforderungen der Situation schon von Anfang an in keiner Weise gewachsen. Als ein Student zu protestieren wagte, wurde er läl-

lich angegriffen, und dabei wurde auch unser Genosse Goldschmidt, der sich als Hörer im Hörsaal aufhielt, zu Boden geschlagen, so daß er mit dem Unfallauto des Allerheiligen-Hospitals wegttransportiert werden mußte. Vor der Universität war eine große Menge SA in Räuberzivil zusammengezogen. Die Universität wurde auf Grund der Vorgänge bis Montag geschlossen und, wie bekannt wird, hat der bisherige Dekan der juristischen Fakultät, Professor Waldecker, sein Dekanat bis zur Bereinigung der Angelegenheit durch das Ministerium niedergelegt. Professor Waldecker wurde bekanntlich im Zusammenhang mit diesen Vorfällen besonders von der „Schlesischen Zeitung“ angegriffen.

Wie wir voraussagen, hat also die ungeistige Proletaktion der nationalsozialistischen Studentenschaft zu Ausschreitungen auch gegen Unbeteiligte geführt.

Wir müssen gerade aus diesem Grunde aufs schärfste gegen das nachsichtige Verhalten des zuständigen Rektors und der Polizei, die im Universitätsgebäude diesmal überhaupt nicht eingesetzt wurde, Protest erheben. In proletarischen Kreisen herrscht über die heutigen Vorgänge an der Universität begriffliche Empörung.

Wir fordern daher von den zuständigen Instanzen das schärfste Durchgreifen. Es geht nicht an, daß arbeitswillige Studenten durch diesen randalisierenden Pöbel an ihrer Arbeit gehindert werden.

So sieht die Winterhilfe aus!

Ein Arbeiter schreibt.

Wie bekannt sein dürfte, hat die Regierung Papen eine Erhöhung der Unterstützung in der Alu und Kru, die stufenweise Auszahlung von 2 bis 4 RM pro Woche als „Winterhilfe“ angeordnet.

Wie sieht in Wirklichkeit diese Hilfe aus? Ich will sie an Hand von Zahlen und mit einem Beispiel schildern. Ich bin verheiratet, habe drei Kinder und bekomme in der Alu 15,60 RM Unterstützung, Winterhilfe 3 RM, macht 18,60 RM. Als Zusatzunterstützungsempfänger vom Wohlfahrtsamt laut Zuzahlung 3,30 RM außerdem vierzehntägig. Am heutigen Zahlung erhalte ich noch 1,65 RM, also keine Zusatzunterstützung mehr.

Mühsam haben wir mal: Als Alu-Empfänger des Monats die Winterhilfe 62,60 RM, mit Winterhilfe 60,90 RM. Als Wohlfahrtsempfänger erhielt ich 97 RM.

Da ich Kriegbeschädigtenrente 22,35 RM erhalte, macht also der Satz bei mir nach Erhalt der Winterhilfe: Alu 80,60 + 22,35 = 102,95 RM.

Mithin habe ich ein Mehr gegenüber der Wohlfahrtsunterstützung von 5,95 RM.

Gegen dieses Rechenexempel wäre also nichts einzuwenden, denn ich habe tatsächlich an Geld 5,95 RM mehr. Aber wie sieht die Wirklichkeit aus? Erstens zahle ich rund 15 RM Miete, zweitens würde ich als Zusatzempfänger Kohle, Brot usw. erhalten. Also gehen die angeblichen 5,95 RM Mehr vollständig drauf. Wo bleibt da die Winterhilfe? Ich sehe keine und Tausende andere auch nicht. Auf der einen Seite gibt man was, auf der anderen kürzt man was. Und das noch das große Tamtam der Regierungs-

Überfüllte Konsumversammlung

Vor einigen Tagen erhielten die Mitglieder des Konsumvereins „Vorwärts“ von der Verwaltung eine Mitteilung über den Vergleichsvorschlag mit einem beigefügten Revers, in dem sie durch Unterschrift ihr Einverständnis geben sollten, ohne die Möglichkeit besitzen zu haben, vorher Stellung dazu zu nehmen. In den letzten Lagerversammlungen war über den Vergleichsvorschlag noch nichts Definitives bekannt da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren.

Die Verwaltung hielt es nicht für notwendig, nochmals an die Mitglieder heranzutreten. Aus diesem Grunde hatte Genosse Eckstein als Mitglied des Gläubigerausschusses und Genosse Braunert als Mitglied des Genossenschaftsrates gestern, Mittwoch, eine Versammlung der Mitglieder des Konsumvereins „Vorwärts“ nach dem Zentral-Ballsaal einberufen, die Stellung nehmen sollte zu den Fragen: „Wie kann der Zusammenbruch des Vereins verhindert werden?“ — Sollen die Kleingläubiger dem Vergleichsvorschlag zustimmen?

Die Versammlung war schon vor Beginn überfüllt. Genosse Eckstein ging zunächst auf die Gründe des Zusammenbruchs ein. Die Verwaltung gibt als einzige Ursache die schlechte wirtschaftliche Lage an; dies zeugt nicht von marxistischer Auffassung. Jeder Sozialist muß sich auf Krisen im kapitalistischen System einstellen, gerade weil aber die Verwaltung so ganz auf die Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft eingestellt war, mußte es zu solcher Katastrophe im „Vorwärts“ führen. Es sind große Fehler begangen worden, die zum Zusammenbruch führen mußten. Die berechtigte Kritik der Mitglieder ist stets unbeachtet geblieben. Der größte Fehler ist, aber stets in der Personalpolitik gemacht worden, nicht die Fähigkeit entschied, sondern die persönlichen Beziehungen.

Die Frage steht jetzt: Wie kommen wir mit einem blauen Auge für das Unternehmen und für den einzelnen heraus? Nach dem Vergleichsvorschlag sollen die Warengläubiger mit 39 Prozent abgefunden werden und die Sparer erhalten 100 Prozent. Die letzteren müssen aber stillhalten auf drei Jahre, und erhalten dann jährlich 10 Prozent, so daß sie insgesamt 13 Jahre auf ihre Forderung warten müssen. Welche Garantie bekommen die Sparer? Der GEG, dem größten Schuld-

ner, ist alles verpfändet, und diese übernimmt den Sparer gegenüber keine Bürgschaft. Sie hat im Vergleichsverfahren nur auf die wertlosen Ansprüche aus dem Grundstück Tauntenzenstraße 127 verzichtet. Die erste Hypothek hat die Arbeiterbank in Höhe von 400 000 RM, da bleibt aus der zweiten Hypothek für die Sparer nichts mehr übrig.

Wir müssen aber von der GEG fordern, daß sie zugunsten der Spargläubiger auf ihre faktischen Sicherheitshypotheken verzichtet.

Selbst wenn der Vergleich aber auf dieser Grundlage perfekt wird, ist immer noch kein Betriebskapital vorhanden. Es soll geplant sein, von den Mitgliedern die Einzahlung eines neuen Geschäftsanteils zu verlangen. Damit würde sich die Haftsumme von 30 auf 60 RM erhöhen. Viele würden der Genossenschaft den Rücken kehren, was wiederum durch Umsatzrückgang das Unternehmen aufs neue gefährden würde. Wir müssen aber die Umsätze steigern, wenn das Unternehmen gehalten werden soll.

Genosse Eckstein setzte dann auseinander, daß die Unterschrift unter den Revers noch nicht endgültig bindet, sie kann immer noch bis zum Abschluß des Vergleichs zurückgezogen werden. Dies soll der GEG eine Warnung sein, sie muß den berechtigten Wünschen der Sparer entgegenkommen. Unsere Aufgabe ist es, die Genossenschaft zu retten und dann nach sozialistischem Prinzip zu leiten.

Diskussion.

Genosse Pela gab in der Diskussion zu, daß Fehler auf allen Gebieten, insbesondere aber in der Personalpolitik, gemacht worden sind, und daß das Kaufhaus der größte Fehlschlag war. Die noch nicht voll eingezahlten Geschäftsanteile müßten nun eingefordert werden. Genosse Duwe, ehemaliges Mitglied des Aufsichtsrates, erklärte, er habe schon vor Jahren im Aufsichtsrat Kritik an all dem geübt, er sei aber niemals gehört worden, und schließlich mußte alles so kommen. Genosse Grzmehle forderte die Gültigkeit der Rückgewährgutscheine auch für die anderen Waren, insbesondere für Kohle. Genosse Ehrlich gab bekannt, daß die GEG von den von der Regierung bereitgestellten

45 000 000 RM im Konsumgenossenschaft 20 000 000 RM erhalten hätte und mit diesen die einzelnen Genossenschaften finanziert, wenn sie wirtschaftlich stabil sind. Er brachte eine Resolution ein, die dem Genossen Eckstein für seine Arbeiten das Vertrauen ausspricht. Die Genossen Ziron und Schmidt verteidigten den bisherigen Vorstand, Gen. Franke übte Kritik an den hohen Gehältern, die einzelne in leitenden Stellungen bezogen haben.

Im Schlußwort ging Genosse Eckstein nochmals auf den Vorstand und den Aufsichtsrat ein, der in Zukunft so gestaltet werden muß, daß die Arbeiter wieder das Vertrauen zu dem Unternehmen gewinnen; die Genossenschaft muß ein Teil der kämpfenden Arbeiterbewegung sein, die uns im Klassenkampf unterstützt, dann werden die Arbeiter auch wieder zu ihr stehen. Nun auf diese Weise kann das Unternehmen gehalten werden.

Zum Schluß wurde gegen nur eine Stimme folgende, von Genossen Ehrlich gestellte Resolution angenommen:

„Die versammelten Mitglieder des Konsumvereins „Vorwärts“ danken dem Genossen Eckstein für seine im Interesse der Arbeiter im Gläubigerausschuß ausgeübte Tätigkeit. Sie fordern von ihm, daß er diese Tätigkeit fortsetzt und insbesondere für eine wirksame Sicherung der Forderungen der Kleingläubiger sorgt.“

Der angestrebte Vergleich kann nur dann zur Vermeidung des Konkurses und zur Rettung des Unternehmens führen, wenn eine neue, kaufmännisch befähigte und mit der Arbeiterbewegung innerlich verbundene Leitung die unfähigen Personen ablöst, die bisher im Vorstand und Aufsichtsrat die Geschicke der Genossenschaft bestimmt haben.“

Den „Vons“ zugestimmt

Der Provinzialausschuß Niederschlesien stimmte in seiner heutigen Sitzung der Ernennung des bisherigen kommissarischen Oberpräsidenten Graf von Degenfeld-Schonburg zum Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien zu und der Ernennung des bisherigen kommissarischen Regierungspräsidenten in Liegnitz von Hanke zum Regierungspräsidenten von Liegnitz.

Nicht abspringen während der Fahrt

Die leidige Unsitte des Abspringens von fahrenden Straßenbahnen hat wieder ein Todesopfer gefordert. Der 68 Jahre alte Kleintrentner G. aus der Tauntenzenstraße sprang trotz wiederholter Warnung des Schaffners von einem fahrenden Zuge der Straßenbahn. Beim Abspringen kam G. so unglücklich zu Fall, daß er einen Schädelbruch und einen Oberarmbruch erlitt. Obwohl der Verletzte zunächst noch ohne fremde Hilfe herumlaufen konnte, mußte er doch später das Krankenhaus aufsuchen. An den Folgen der schweren Verletzungen ist der Gestürzte nun verstorben.

Die Kinder der in Gleiwitz verurteilten Genossen

sind gestern in Breslau eingetroffen und kommen heute zu ihren Pflegeeltern. Zu ihrer Begrüßung findet heute Donnerstag, 19. Uhr, bei Witke ein Solidaritätsabend unter Mitwirkung der Sozialistischen Arbeiter-Kinder-Freunde und der „Roten Rufer“ statt, der ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Verbundenheit aller klassenbewußten Proletarier werden muß.

Mönistische Gemeinde

Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit

Am 20. November 1932, 17.30 Uhr, veranstalten wir eine Sonntagsfeier im Saale Grünstr. 14/16. Genosse E. Machek behandelt das Thema „Heidentod“. Die Feier wird durch Gesangs- und Sprechchöre, Rezitation und Violinvortrag ausgestattet. Eintritt für Mitglieder frei! Gäste 20 Pfg. Erwerbslose 10 Pfg.

Proleton-Vorschau

Das Arbeiter-Kino Proleton mit seinen starrbekanntem niedrigen Eintrittspreisen hilft mit seinen gut zusammengestellten Unterhaltungsprogrammen durch frohe Stunden auch den Minderbemittelten sich das schwere Los der Jetztzeit ein klein wenig zu erleichtern. Ab Freitag wird einer der jüngsten Film-erfolge: „Das schöne Abenteuer“ mit Käthe v. Nagy gezeigt.

Als zweiter Schläger wird ein lustiger Filmstreifen: „Na wunderbar“, neben einem wundervollen Kulturfilm: „Inseln unter dem Kreuz des Südens“ im Programm zu sehen sein. Ab Dienstag wird wiederum ein neuer Film-erfolg: „Schuß im Morgengrauen“ neu in den Spielplan eingesetzt. Als zweiter Film für dieses Programm wird weiterhin noch ein ausgezeichnete Lacherfolg: „Der falsche Tenor“ gezeigt.

Filmschmied der PKG

am 27. November, 18.30 Uhr. Es läuft ein Russen- und ein Chaplinfilm. Eintritt 20 Pfg. — Kartenausgabe an Vertriebsleute Freitag nachmittag im Sekretariat.

Die goldene Medaille

Nachdem Herr Brauns Verfassungsstreit in Leipzig ward so schön beglichen, Herrscht wieder volle Einigkeit: Es wird nur der Gewalt gewichen. Herr Brauch darf ungestört, wie immer, Mit Notverordnungen regieren, Und Otto Braun — im Hinterzimmer Darf jetzt den Staat repräsentieren. Aber diesem holden Frieden War nur kurzes Glück beschieden.

Denn weil Gerhart Hauptmann gerade 79 Jahre alt geworden, Hat die Regierung voller Gnade Ihm verliehen einen Orden. Und schleunigst bracht' Minister Grimme Ihm das Diplom sogar ins Haus. Und Hauptmann, mit bewegter Stimme, Sprach seinen heißen Dank ihm aus. Dieses aber hat Herrin Bracht In gar schweren Grimm gebracht.

Und er ließ sofort erklären: Dies gehört in mein Ressort. Will ich Gerhart Hauptmann ehren, Nehm' ich das persönlich vor. Ich werd' mich heut, wie gewöhnlich, Ins Theater hinegeben Und Herrn Hauptmann höchstpersönlich Die Medaille übergeben. Und so kommt's, daß Hauptmann statt Einer zwei Medaillen hat.

Also herrscht im Lande Preußen Wieder einmal ein Konflikt: Denn Herr Braun muß doch beweisen, Wofür er die Dänen kriegt. Ja, hier wird er sich nicht beugen, Hier bleibt er ein gerader Mann, Denn er muß doch einmal zeigen, Daß er auch noch kämpfen kann. Damit ist bewiesen schon: Preußen bleibt Machtposition.

Wenn's gegen Kommunisten ginge, Wär' der Streit schon längst vergangen. Aber das sind andre Dinge, Hier sind „höhere Interessen“. Ja, Prolet, bei einem Dichter Weicht man nicht gleich der Gewalt, Aber geht's einmal um dich, da Ist Herr Braun verschwunden bald. Ja, Braun sorgt für die Arbeiter, Draus, Prolet, schlief ruhig weiter!

Kahle.

Ausgrabungen auf dem Berge Olymp

Unter der Leitung einiger Athenscher Gelehrter sind auf dem Berge Olymp in Griechenland, auf dem nach der alten griechischen Sage die Götter ihren Sitz haben sollten, mit interessanten, den Marxisten wenig überraschenden Ergebnissen durchgeführt worden. Es wurden nämlich Knochen und Tonscherben gefunden, die nach ihrer Lage in bestimmten Erdschichten etwa 4000 Jahre alt sein dürften. Allem Anschein nach sind in dieser Zeit die Hänge des Olymp dicht besiedelt gewesen. Die aufgefundenen Knochenbestandteile deuten jedoch darauf hin, daß die „Olympmenschchen“ einem anderen Körperbautypus zuzuzählen sind als die alten Griechen. Die Rekonstruktionen machen es wahrscheinlich, daß die Bewohner des Olymp eine Größe von durchschnittlich zwei Metern besaßen. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß diese stattlichen Olympbewohner auf die erheblichen kleineren Griechen einen so gewaltigen Eindruck gemacht haben, daß sie den Anstoß zu den Göttervorstellungen der Griechen gaben.

Werbt Abonnenten



GLADKOW
Neue Erde
Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten.
Copyright 1932 by
II) Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.
„Sie sind Kindergärtnerin?... Geschulte?“
Haß und Ekel quälten mich, ich konnte mich unmöglich zur Freundlichkeit zwingen.
„Ja, ich bin Kindergärtnerin, geschulte Kindergärtnerin.“
„Ach was... geschult... Unsinn... Kennen Sie das Montessori-System?“
„Warum sollte ich es nicht kennen?“
„Nun... und Fröbel... und Pestalozzi!“
„Was wollen Sie eigentlich von mir, Genosse? Was ist das für eine seitsame, empörende Prüfung?“
Er sah mich plötzlich mit ganz anderen Augen an, mit sehr müden, nachdenklichen Augen und sagte traurig:
„Sie ärgern sich ganz ohne Grund, Genossin, ich freue mich sehr, daß Sie gekommen sind. Hier ist für die Arbeit jungfräulicher Boden. Sie sind aber sehr wenig diszipliniert. Das ist nicht gut. Denn hier herrscht allerstrengste Disziplin.“
Er lächelte plötzlich wieder, ein angeekelt, erhitztes Lächeln, und seine starren Augen erloschen wieder.
„Hier werden, was Disziplin anbetrifft, alle Schraubchen so festgedreht, daß die Knochen nur so knacken, Galja Iwanowna.“
„Und ist das Ihrer Meinung nach schlecht?“
Ich sprach mit herausfordernder Wut, mit höhnischem Hochmut. Mein Atem stockte in seiner Anwesenheit, mein Zimmerchen schien sich mit Staub und Leichengeruch zu füllen. Was, zum Teufel, will er hier bei mir? Er sieht doch sehr gut, daß er mir unangenehm ist, daß er ganz ungelegen gekommen ist, daß seine trübe Bosheit mich vergiftet.

Eine Teufelsjastreibung

im 20. Jahrhundert

Ich war damals Kapitän auf einem Frachtdampfer, einem ganz alten Kasten, der mit Müß und Not seine zehn Seemellen lief. Wir hatten regelmäßigen Dienst zwischen Singapur und Marseille, unsere Fracht war meistens Gummi, Kopr, Tee.

Unsere Reederlei war sehr sparsam, für Reparaturen gab sie nicht viel Geld aus, und man kann sich vorstellen, wie unser Schiff aussah. Eines Tages, es war im März 1930, brach uns im Mittelmeer bei schönstem Wetter die Schraubenwelle. Die Funkenlage war auch nicht in Ordnung, so trieben wir hilflos und konnten nur die Notflagge hissen. Ein italienischer Torpedobootszerstörer fand uns und schleppte den alten Kasten nach Genoa. Dort wurde das Schiff eingedockt, und da eine schnelle Reparatur viel Geld gekostet hätte, dauerte unsere sehr lange. An Bord konnte ich nicht wohnen, in Genoa mußte ich aber bleiben, und so nahm ich mir im Hafenviertel ein Zimmer. In der Nachbarwohnung lebte ein junges Paar. Es waren freundliche, nette Leute, die die Wohnung von einer alten Vettel übernommen hatten. Die hatte in der ganzen Gegend als Hexe gegolten, war unendlich gelzig gewesen und hatte nichts hinterlassen als ein Paar Kanarienvogel, die jetzt in einem Bauer bei den jungen Leuten lebten.

Ich hatte mir auf dieser Reise in Suez ein Chamäleonpärchen gekauft, das sich in dem sonnigen Hafenzimmer sehr wohl fühlte. Eines Tages legte das Weibchen eine Menge Eier, und wirklich krochen nach einiger Zeit junge Chamäleons aus. Drei blieben am Leben, jagten mit den Eltern auf kleine Fliegen und schielten so schön, wie nur Chamäleons schielen können. Eines Morgens war der Chamäleonpapa verschwunden. Ich suchte ihn überall, konnte ihn aber nicht finden. Nun, ich regte mich weiter nicht auf. Verheiratet sein ist schon kein Paradies, und nun noch dazu ein Familienvater mit drei Kindern — ich muß sagen, daß ich vollstes Verständnis für den Armen hatte. Er war sicher durchgebrannt.

Am Nachmittag dieses Tages drang schrilles

Geschrei aus der Nachbarwohnung. Kurze Zeit darauf polterte die Treppe unter den Schritten vieler Leute. Ich sah aus der Tür. Alte und junge Weiber, alte Männer, die ganze Nachbarschaft kam erregt durcheinandersprechend herbeigeeilt. Zum Schluss kam ein dicker Priester mit zwei Ministranten, die Weihrauchfäßen schwenkten. Alle verschwand in der Wohnung des jungen Paares. Schreien, Weinen und Gebete drangen aus der Wohnung. Ich fragte eine Frau, was los wäre.

„Un exorcismo,“ antwortete sie ganz verstört.
Eine Teufelsjastreibung also. Und auf meine weiteren Fragen berichtete sie mir, daß die alte geizige Hexe sich gekränkt hätte, daß sie die Kanarienvogel zurückgelassen hätte, und nun wiedergekehrt wäre, um sie zu holen. Sie sei in der Gestalt des Teufels gekommen, und nun wolle der Priester ihn vertreiben.

Interessiert ging ich zu den Nachbarn. Eine entsetzliche Verwirrung herrschte dort. Im Halbkreis — in respektvollem Abstand — hatte sich die Menge um das Kanarienvogelbauer versammelt. In der ersten Reihe stand der Priester, murmelte lateinische Gebete und besprengte das Bauer mit Weihwasser. Die beiden Vögel saßen verschränkt in einer Ecke und wagten nicht, sich zu rühren. In der Mitte des Bauers aber sah, das eine Auge nach rechts vorn, das andere nach links hinten gerichtet — der Chamäleonpapa!

Das war der Geist der alten Hexe. Als ich hinging, das arme Tier in die Hand nahm und in meine Wohnung zurücktrug, schlugen alle Anwesenden das Kreuz. Das Gesicht des Priesters war alles eher als freundlich. Kein Mensch wollte mehr mit mir sprechen. Zwei Tage später war die Reparatur der Schraubenwelle beendet, wir konnten wieder in See gehen. Das war ein Glück, denn ich hätte sonst die Wohnung wechseln müssen. Ich konnte in der Nachbarschaft nicht einmal etwas zu essen kaufen. Ich war als Bundesgenosse des Teufels verfeimt.

Und das geschah im 20. Jahrhundert.

Holländischer 15000 Tonnen-Dampfer in Brand

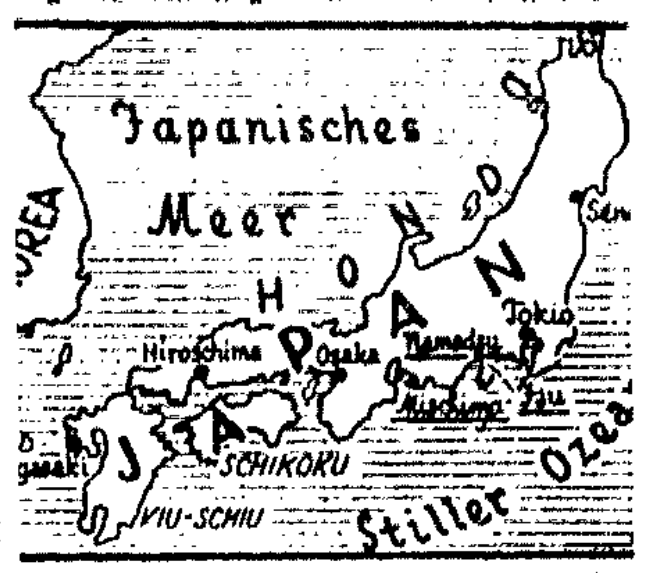


Der holländische Riesendampfer „P. C. Hooft“ umwölkt von dem Rauch der Flammen, die seine Innenbauten schon völlig zerstört haben. Im Hafen von Amsterdam geriet der Dampfer „P. C. Hooft“ in Brand. Nachdem alle Löscharbeiten vergeblich waren, schleppte man das Schiff in die See, um es dort ausbrennen zu lassen.

Die Sturmverwüstungen in Japan

59 Tote

In den letzten amtlichen Feststellungen über die Folgen der Sturmkatastrophe werden folgende Zahlen genannt: Getötet in Tokio



6 Personen, in den Tokio benachbarten Bezirken 53; vormitts 62. Vollständig zerstört sind 4800 Häuser, zum Teil zerstört 10.300, unter Wasser stehen 53.000 Wohnstätten. Eine Anzahl von Fischerbooten mit insgesamt 250 Mann an Bord ist verschollen.

Unwetter über dem Schwarzen Meer

Bukarest, 16. November.

Über dem Schwarzen Meer wütet seit Tagen ein schweres Unwetter. Der Amsterdamer Handelsdampfer „Ceres“, der den Hafen von Konstanza anlaufen wollte, hat sich im dichten Nebel verirrt und ist gekentert. Das Schiff sinkt und gibt SOS-Signale. Auch ein griechisches und ein türkisches Schiff sowie zwei rumänische Frachtdampfer haben Schiffsbruch erlitten.

Schwerer Unfall bei Blohm & Voß Zwei Todesopfer

Hamburg, 15. November.

Im Dock V der Werft von Blohm & Voß ereignete sich heute vormittag ein schwerer Unfall. Aus noch nicht geklärter Ursache brach ein Gerüst zusammen, auf dem sich mehrere Arbeiter befanden, die mit dem Abheben von Schiffsplatten an dem Dampfer „Biscaya“ beschäftigt waren. Die Leute stürzten zehn Meter in die Tiefe. Der 39jährige Schmied Kuplin und der 46jährige Arbeiter Kühn wurden sofort getötet. Ein Schwerverletzter wurde besinnungslos ins Krankenhaus eingeliefert.

Betriebsunfall in einer Zementfabrik

Reutte (Tirol), 16. November.

In einer Zementfabrik in Vils ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Durch Stauung von Brenngut in einem Ofen erlitten fünf Personen schwere Brandwunden. Der Zustand einiger der Verletzten ist äußerst bedenklich. Das Explosionsunglück in der Zementfabrik Schrötter & Co. hat zwei Todesopfer gefordert. Der Mitinhaber des Werkes, Handwerkskammerat Robert Fischer und der Arbeiter Pius Probst sind ihren Verletzungen erlegen. Für die anderen Verwundeten besteht keine Lebensgefahr.

„Da hat man's... geschult ist sie... und stellt so unsinnige Fragen... mit Ihrem Charakter wird's hier schwer gehen...“
Ich war wütend, und ein Lachen ersticke meine Stimme.
„So ein Scharfsinn! Sie kennen schon meinen Charakter, haben sogar ausgekundschaftet, wie ich heiße. Und wissen schon etwas von meiner Disziplin...“
Er stellte sich vor das Fenster und sah mich von der Seite mit angewidertem Lächeln an. Seine klugen Blicke mit fröhlichen Fünklein drin testeten mich scharf, vom Kopf bis zu den Füßen ab.
„Ich freue mich sehr, sehr, daß Sie gekommen sind.“
„Nein, hören Sie mal, Genosse Schrab, ich unterhalte mich glänzend. Sie benehmen sich wie das pythische Orakel...“
Er lachte plötzlich heiser und krächzend, seine Schultern flatterten wie die Flügel eines Hahnes. Seine Zähne glänzten wieder gesund und porzellanen. Und seltsam, auch mich überkam plötzlich eine Fröhlichkeit, eine frische, kindliche Fröhlichkeit, als hätten wir beide gemeinsam einen lustigen Streich gemacht.
„Das heißt Sie... Sie wollten sagen: delphisches Orakel, oder delphisches Pythia... Pythisches Orakel... ha, ha, ha... Das ist prochtvoll...“
Dieses Lachen reinigte die Luft und näherte uns einander. Es wurde leicht und frei um uns.
„Setzen Sie sich doch, Genosse Kirejew. Warum stehen Sie da herum? Wollen wir mal aufrichtig miteinander reden...“
„Erstens heiße ich nicht Kirejew, sondern Kirikow... Sie reagieren schlecht auf akustische Eindrücke... In der Eziehung muß man sehr empfindlich für alatische Eindrücke sein. Zweitens nennen Sie mich einfach Prochor. Alle nennen mich so... Das klingt stolz und gründlich: Prochor! Und drittens will ich mich nicht setzen. Ja... Wjetrow ist wie ein Pflasterstein. Er sitzt so fest in den wirtschaftlichen Fragen, wie der Stein im Pflaster... Er ist ein großer Liebhaber von Vieh und Maschinenproblemen.“

Momentan beschäftigt ihn ein Projekt für die Elektrifizierung... Er ist Anhänger der Wirtschaft... angefangen mit dem Schweine- und Kuhstall...“
Kirikow ging an mir vorbei, reckte sich plötzlich hoch, warf den Kopf keck in den Nacken, steckte die linke Hand in die Tasche und sah mich mit geschäftiger Zerstreuung von der Seite an. Und da bemerkte ich plötzlich, daß er ganz jung ist, fast ein Jungling, und plötzlich war es mir auch klar, daß er hier in der Kommune zu Hause ist, und daß sein Einfluß und seine Kraft hier sehr schwer wiegen. In seinem Äußeren, in den sicheren Schritten, spürte man einen ehrgeizigen Charakter. Augenscheinlich hätte er meine aufmerksamen Blicke bemerkt, denn auf der Schwelle wandte er sich wütend zu mir um:
„Ja. Eine Frage: wozu sind Sie hergekommen?“
„Ich war ganz verblüfft, lachte auf und spürte, daß ich vor Verlegenheit rot wurde.“
„Sie überraschen mich immer wieder mit Ihren seltsamen Fragen. Genosse, Sie halten mich augenscheinlich für eine dumme Gans.“
„Da haben wir's...“ Sein Gesicht wurde wieder traurig und seine Augen mutlos. „Da haben wir's... Sofort zeigt sich die städtische Affektheit... das Sich-Herauswinden. Das alles brauchen wir hier nicht. Ich weiß schon, was Sie mir antworten werden: ich bin gekommen, um meinen Dienst hier anzutreten.“
„Das ist doch klar, auch ohne ihre sinnlose Frage, Genosse Prochor.“
Er trat mit strengem Gesicht ganz nahe auf mich zu — Verachtung war in seinen klugen Auglein — und klopfte mir auf die Schulter:
„Schlagen Sie sich ein Nägelchen in Ihr lockiges Köpfchen, Galja Iwanowna... Nicht: Dienst antreten! Nein! Mitarbeiten!... Mit den anderen zusammen arbeiten an der Schaffung eines kommunistischen Heimes... Ja! Liquidieren Sie alle Ihre Sachen und Säckelchen... den Spiegel... die Schächtelchen... Unsin! Pythisches Orakel... Hier muß man sich bis auf das Mark in den Knochen sozialisieren... Ja... Ich freue mich sehr, sehr, daß Sie gekommen sind.“

Unaufhaltsam zog es mich jetzt zu ihm. Ich sah ihm herausfordernd in die nervösen, spöttischen, sensibel reizbaren Augen, warf den Haarschopf zurück und stemmte die Arme in die Hüften.
„Sie lügen. Und überhaupt sind Sie irgendwie geflickt und zerfetzt.“
„Geschichte des Materialismus haat da gelernt? Seelenlos geachtet wie ein Schüler... Nun, hier hast du die Formeln. Hier sind sie: Hier muß man sich den Materialismus mit dem Gefühl, mit eigenem Fleisch und Blut erarbeiten...“
„Phytisieren Sie nicht wie ein Orakel, warum haben Sie sich bis heute noch nicht selbst als Kommunar wieder geboren?“
„Ich... hm?“
„Ja, Sie...“
„Das lohnt sich bei mir nicht, meine Liebe, eine zu schwere Geburt verblütete daran. Fremdes Fleisch und Blut... Intellektuellenblut... Leide an Selbstanalyse. Vielleicht entbinde ich ein totes Kindchen, vielleicht werde ich aber auch aus vollem Halse losbrüllen: u—a! Schreit man aber vor der Zeit dieses u—a!, denn kommt ein ganz falsches Hurra' heraus, wie bei geschäftigen Strebern. Wir haben hier interessante Menschen. Sie werden schon sehen. Hier ist es wie in einem chemischen Laboratorium: die Menschen werden mit starken Reagenzien untersucht... ich selbst bin auch in derselben Lage, es ist aber dennoch sehr interessant, zu beobachten. Nun... auf Wiedersehen...“
Er duckte sich wieder zusammen und ging mühsam den Korridor entlang. Plötzlich kam er wieder zurück, machte wieder eine hoffnungslose Bewegung mit der Hand:
„Ja, die Kommune, das ist die Zelle der künftigen Gesellschaft... Ja... Aber die Schule ist wie eine Mausefalle. Einen eigenen Brunnen haben wir nicht, es wird aus dem Sumpf, dem stinkenden Sumpf, getrunken. Das Schönste aber, direkt der Clou, ist: ausgetreten wird unter freiem Himmel. Schäferidylle. Klossetts gibt es keine!“
Ich schrie auf vor Lachen und fiel auf das Bett.
(Fortsetzung folgt)

Unser Wahlerfolg in Sachsen

Nachdem wir bereits eine Reihe von Einzelgeburten der nährischen Gemeindevahlverhältnisse haben, bringen wir heute eine Zusammenstellung der Ergebnisse aus zwei wichtigen Gebieten, aus der Lausitz und aus dem Bezirk Südwestsachsen. Eine politische Würdigung der sächsischen Gemeindevahlen folgt in der morgigen Nummer.

In der Lausitz

Löbau, 16. November.

Die SAP hat in den Orten, wo sie mit eigenen Listen an Gemeindevahlen aufgetreten ist, bedeutend mehr Stimmen erhalten als bei der Reichstagswahl am 6. November und auch mehr als bei der am 31. Juli. Wir bringen hier die Ergebnisse und legen in Klammern gesetzt die Mandatsziffern der Gemeindevahl von 1939 und die Stimmen der SAP bei der Reichstagswahl vom 6. November hinzu.

- Bischdorf, Arbeiterliste 136 St. = 5 Sitze (5), Bürgerl. 190 St. = 6 Sitze (6). Auf der Arbeiterliste sind 3 SAP-Genossen gewählt.
- Lawalde, Arbeiterliste 285 St. = 5 Sitze (5), Bürgerl. 210 St. = 4 Sitze (4). Auf der Arbeiterliste sind 2 SAP-Genossen gewählt.
- Großlehna, Arbeiterliste 96 St. = 3 Sitze (3), Bürgerl. 158 St. = 4 Sitze (4). Auf der Arbeiterliste sind 2 SAP-Genossen gewählt.
- Zittau, SPD 3185 St. = 6 Sitze (6), KPD 2791 St. = 5 Sitze (5), Liste der Arbeiter und Erwerbslosen (m. SAP) 224 St. = 1 Sitz (1), SPD 5 Sitze (5), KPD 3 Sitze (3), SAP 1.
- Löbau, SPD 1541 St. = 5 Sitze (5), KPD 774 St. = 2 Sitze (2), SAP 318 St. = 1 Sitz (1).
- Ebersdorf, SPD 391 St. = 7 Sitze (7), SAP 73 St. = 1 Sitz (1), KPD 29 St., Bürgerl. 353 St. = 5 Sitze (5).
- Niederunnersdorf, SAP 105 St. = 2 Sitze (2), SPD 282 St. = 5 Sitze (5), KPD 47 St., Bürgerl. 545 St. = 10 Sitze (10).
- Aldersbach, SAP 77 St. = 1 Sitz (1), SPD 162 St. = 3 Sitze (3), KPD 75 St. = 1 Sitz (1), Bürgerl. 386 St. = 6 Sitze (6).
- Eibau, SAP 586 St. = 4 Sitze (4), SPD 384 St. = 3 Sitze (3), KPD 356 St. = 2 Sitze (2), Bürgerl. 1597 St. = 12 Sitze (12).
- Walldorf, SAP 194 St. = 2 Sitze (2), KPD 71 St. = 1 Sitz (1), SPD hatte 1929 3 Sitze, jetzt nicht vertreten, Bürgerliche 463 St. = 6 Sitze (6).
- Neubau, SAP 106 St. = 1 Sitz (1), SPD 119 St. = 2 Sitze (2), Bürgerl. 359 St. = 6 Sitze (6).
- Ebersbach, SAP 174 St. (73), SPD 1044 St. = 6 Sitze (6), KPD 1501 St. = 7 Sitze (7), Bürgerl. 2619 St. = 12 Sitze (12).
- Cunewalde, SAP 148 St. = 1 Sitz (1), SPD 436 St. = 4 Sitze (4), KPD 387 St. = 3 Sitze (3), Bürgerl. 944 St. = 7 Sitze (7).
- Obercunewalde, SAP 65 St. = 1 Sitz (1), SPD 223 St. = 3 Sitze (3), KPD 76 St. = 1 Sitz (1), Bürgerl. 296 St. = 4 Sitze (4).
- Weigsdorf-Köblitz, SAP 33 St. = 1 Sitz (1), SPD 204 St. = 3 Sitze (3), KPD 77 St. = 2 Sitze (2), Bürgerl. 236 St. = 3 Sitze (3).
- Schönberg, SAP 29 St. = 1 Sitz (1), KPD 88 St. = 3 Sitze (3), Bürgerl. 86 St. = 3 Sitze (3).
- Schönbach, SAP 137 St. = 2 Sitze (2), SPD 348 St. = 5 Sitze (5), Bürgerl. 529 St. = 8 Sitze (8).
- Hörnitz, SAP 27 St. = 0 Sitze (0), SPD 225 St. = 3 Sitze (3), KPD 197 St. = 3 Sitze (3), Bürgerl. 536 St. = 7 Sitze (7).
- Obersdorf, SAP 201 St. = 1 Sitz (1), SPD 442 St. = 2 Sitze (2), KPD 1746 St. = 8 Sitze (8), Bürgerl. 1299 St. = 6 Sitze (6).
- Wittendorf, SAP 90 St. = 2 Sitze (2), Neusalz-Spr., SAP 125 St. = 1 Sitz (1), SPD 221 St. = 2 Sitze (2), KPD 428 St. = 4 Sitze (4), Bürgerl. 935 St. = 8 Sitze (8).
- Oels, Arbeiterliste 91 St. = 3 Sitze (3), Bürgerl. 128 St. = 4 Sitze (4). Auf der Arbeiterliste ist ein SAP-Genosse gewählt.
- Demitz-Thumitz, SAP 43 St. = 0 Sitz (0), SPD 582 St. = 7 Sitze (7), KPD 104 St. = 1 Sitz (1), Bürgerl. 600 St. = 5 Sitze (5).

In Südwestsachsen

Plauen i. V., 16. November.

- (1 Ziffer in Klammern: Reichstagswahl 31. Juli, 2 Ziffer in Klammern: Reichstagswahl 6. Novbr.)
- Auerbach i. V., SAP (79, 44) 112, SPD (1240, 1255) 1026, KPD (2018, 2162) 2069, Nazi (7369, 6743) 4618. Mandate: SAP —, SPD 2, KPD 4, Nazi 10.
- Brockau i. V., SAP (35) 120, SPD (180) 175, KPD (95) —, Nazi (285) 181. Mandate: SAP 2, SPD 4, Nazi 5, Landwirte 2.
- Eißenberg, SAP (379, 312) 489, SPD (460, 465) 341, KPD (324, 388) 250, Nazi (2036, 1838) 1450, Bürgerl. 757. Mandate: SAP 2, SPD 2, KPD 1, Nazi 7, Bürgerl. 3.
- Falkenstein, SAP (208, 132) 249, SPD (725, 727) 341, KPD (2892, 2934) 3315, Nazi (4800, 4420) 3463. Mandate: SAP —, SPD 1, KPD 9, Nazi 10, Bürgerl. 5.
- Sachsenberg, SAP (122, 70) —, (Wahlvorschlag der SAP war für ungültig erklärt worden, unsere Genossen stimmten KPD), SPD (193, 115) —, KPD (469, 478) 658, Nazi (1061, 907) 882. Mandate: KPD 6, Nazi 9.
- Žwota, SAP (97, 64) 414, SPD (108, 118) —, KPD (108, 123) —, Nazi (1340, 1203) 1112. Mandate: SAP 2, Nazi 7.
- Georgenthal, SAP (12, 82) 148, SPD (94, 98) —, KPD (403, 448) 426, Nazi (691, 599) 250, sonstige bürgerl. Gruppen 541. Mandate: SAP 1, SPD —, KPD 4, Nazi 3, sonstige Bürgerl. 5.
- Brunndöbra, SAP (354, 203) 787, SPD (202, 282) —, KPD (452, 463) 262, Nazi (1194, 1119) 897, Bürgerl. (129, 189) 335. Mandate: SAP 6, SPD —, KPD 1, Nazi 6, Bürgerl. 2.

- Klingenthal, SAP (393, 245) 939, SPD (415, 467) 222, KPD (536, 594) 367, Nazi (2444, 2176) 1897, Bürgerl. (293, 370) 380. Mandate: SAP 5, SPD 1, KPD 2, Nazi 9, Bürgerliche 2.
- Lauscha, SAP (42) 91, SPD (11) —, KPD (39) 41, Nazi (101) 75. Mandate: SAP 4, SPD 2, Nazi 3.
- Kleinjena, SAP (55, 44) 134, SPD (25, 30) —, KPD (30, 41) —, Nazi (113, 117) —, Bürgerliche 138. Mandate: SAP 3, Bürgerl. 4.
- Schleibitz, SAP (51, 24) 103, SPD (589, 506) 451, KPD (562, 657) 705, Nazi (1447, 1334) 1078, Bürgerl. 384. Mandate: SAP voraussichtlich 1, SPD 2, KPD 3, Nazi 5, Bürgerliche 2.
- Limbach, SAP (41, 22) 219, SPD (131, 151) —, KPD (131, 130) —, Nazi (614, 631) 451, Bürgerliche 219. Mandate: SAP 2, Nazi 6, Bürgerliche 2.
- Jägersgrün, SAP (44) 121, SPD (82) —, KPD (19) —, Nazi (109) 71, Wirtschaftspartei 52.
- Mühltrößl, SAP (64) 230, SPD (179) 71, KPD (253) 237, Nazi (629) 478. Mandate: SAP 3, SPD 1, KPD 3, Nazi 5, Bürgerl. 2.
- Mylau, SAP (536, 407) 637, SPD (995, 1000) 863, KPD (1018, 1110) 950, Nazi (2185, 2098) 1497, Bürgerl. 1456. Mandate: SAP 2, SPD 3, KPD 2, Nazi 3, Haubens, 1, Bürgerl. 3.
- Netzschnau, SAP (398, 253) 381, SPD (758, 844) 747, KPD (1018, 1110) 950, Nazi (2074, 1885) 1216, Wirtschaft. Vereinigung 575, Bürgerbund 81. Mandate: SAP 1, SPD 3, KPD 3, Nazi 6, Bürgerbund 2, Wirtschaft. Vereinigung 2.
- Morgenröthe-Rautenkranz, SAP (181) 468, SPD (166) —, KPD (154) —, Nazi (386) 181, Bürgerl. (166) 51. Absolute Mehrheit der SAP.
- Radewisch, SAP (46) 96, SPD (537) 333, KPD (1544) 1593, Nazi (2654) 3347.
- Rotschau, SAP (92) 181, SPD (202) 165, KPD (109) —, Nazi (373) 187, Bürgerl. (133) 380. Mandate: SAP 3, SPD 2, Nazi 3, Bürgerl. Ortsverein 5.
- Ruppertsgrün, SAP (19) 77, SPD (26) —, KPD (108) 55, Bürgerl. 122. Mandate: SAP 2, KPD 1, Nazi 4, Bürgerl. 4. Durch Ablehnung der Listenverbindung durch die KPD ging 1 Mandat verloren.
- Treuen, SAP (123) 285, SPD (535) 406, KPD (1381) 1279, Nazi (2325) 1454. Mandate: SAP 1, SPD 2, KPD 5, Nazi 6, Bürgerl. 5.

- Auerbach b. Zw., SAP (60, 74) 136, SPD (495, 504) 417, KPD (252, 262) 264, Nazi (397, 380) 396. Mandate: SAP 1, SPD 5, KPD 3, Nazi 4, Bürgerl. 3.
- Bockau, SAP (202, 153) 254, SPD (543, 513) 355, KPD (407, 485) 430, Nazi (891, 645) 373, Bürgerl. 403. Mandate: SAP 2, SPD 2, KPD 3, Nazi 2, Bürgerl. 4.
- Cainsdorf, SAP (248, 175) 231, SPD (1059, 961) 1058, KPD (588, 680) 551, Nazi (682, 651) 388, Bürgerl. 478. Mandate: SAP 1, SPD 6, KPD 2, Nazi 2, Bürgerl. 2.
- Frankenhausen, SAP (119, 87) 129, SPD (687, 667) 549, KPD (243, 275) 278, Nazi (549, 500) 350, Bürgerl. 247. Mandate: SAP 1, SPD 5, KPD 2, Nazi 3, Bürgerl. 2.
- Gohlitz, SAP (85, 81) 135, SPD (133, 156) 103, KPD (161, 157) 128, Nazi (307, 197) 208. Mandate: SAP 2, SPD 2, KPD 2, Nazi 3.
- Oberholzdorf, SAP (131, 107) 140, SPD (836, 870) 781, KPD (236, 253) 188, Nazi (685, 663) 336. Mandate: SAP 1, SPD 4, KPD 1, Nazi 1, Bürgerl. 2.
- Mülsen-St. Nicola, SAP (48, 50) 118, SPD 611, KPD 109, Nazi 551, Bürgerl. 147. Mandate: SAP 1, SPD 4, KPD —, Nazi 5, Bürgerl. 1.
- Niederhau, SAP (261, 217) 297, SPD (1625, 1564) 1462, KPD (679, 721) 636, Nazi (959, 950) 631, Bürgerl. 554. Mandate: SAP 1, SPD 9, KPD 3, Nazi 1, Bürgerl. 2.
- Wilkau, SAP (331, 285) 346, SPD (1457, 1470) 3, KPD (969, 936) 903, Nazi (1847, 1715) 1194, Bürgerl. 903. Mandate: SAP 1, SPD 7, KPD 3, Nazi 5, Bürgerl. 3.
- Zwickau, SAP (556, 407) 608, SPD (14 029, 12 745) 10 746, Nazi (21 543, 20 456) 14 086.
- Eichenstock, SAP (209, 180) 261, SPD (493, 486) 372, KPD (1305, 1357) 1428, Nazi (3202, 2899) 2156, Christl. 397, Bürgerl. 529. Mandate: SAP 1, SPD 1, KPD 6, Nazi 9, Christl. 2, Bürgerl. 2.
- Zschornau, SAP (123, 75) —, Gemeins. Arbeiter-Liste SPD—SAP 484, SPD (374, 437) —, KPD (423, 411) 200, Nazi (1860, 1722) 840. Mandate: SAP 2, SPD 1, KPD 1, Nazi 5, Bürgerl. 6.
- Eine Reihe von Orten fehlen noch, da sie noch nicht gemeldet haben.

In Eppendorf (Bezirk Chemnitz) erhielt die SAP ebenfalls ein Mandat.

Dämmerts?

„Der ‚Vorwärts‘ nebelt die SPD-Mitglieder ein“ — schreibt eine Gewerkschaftszeitung

„Hitler schwer geschlagen!“ verkündet der Vorwärts in dicker Balkenüberschrift und schreibt als ersten Satz seiner Wahlberichterstattung: „Rückgang der Nationalsozialisten, das ist das wichtigste Ergebnis des 6. November.“ Das offizielle Organ der SPD hält seine Parteimitglieder für dummer als sie sind, wenn es glaubt, sie auf diese Weise einnebeln zu können. Denn insbesondere für uns Gewerkschaftler ist nicht der Rückgang der Nazistimmen, sondern der Verlust von 726 000 sozialdemokratischen Stimmen und das bedrohliche Aufrücken der Kommunisten das wichtigste Ereignis des Wahltages. Wir meinen, daß man nicht die Schadenfreude über alles stellen, sondern sich nach so wichtigen Ereignissen an die eigene Nase fassen soll. Wir sind auch keineswegs der Meinung, daß der „Rückschlag“ als Folge einer besonders ungünstigen augenblicklichen Situation eingetreten ist“ (wie ebenfalls der „Vorwärts“ schreibt), sondern, daß man innerhalb der Parteiliste die Dinge etwas wirklicher und gründlicher ansehen und unverzüglich an eine Änderung — sowohl der Taktik als auch des Apparates — herangehen müsse, die uns in den Stand setzt, die Scharte baldigst auszuwetzen. Mit Beschwichtigungsräten ist der Arbeiterschaft nicht mehr gedient.

Im übrigen: Gewiß haben die Nationalsozialisten, deren „VB“ am 5. November der dick von „unserem Wahlsieg am 6. November“ schrieb, 2 Millionen Stimmen verloren. Aber wo sind sie hingegangen? In erster Linie anscheinend zu den übelsten Reaktionen, denn die Deutschen nationalen und die Volkspartei zusammen haben rund 990 000 Stimmen gewonnen. In zweiter Linie sicher zu den Kommunisten, die nicht weniger als 690 000 Stimmen gewonnen. Liegt darin etwa ein Vorteil oder eine Zukunftshoffnung für die frei-

gewerkschaftliche Arbeiterschaft oder für die Demokratie oder den Sozialismus? Der Nationalsozialismus geht zurück und wird an seiner Zwiespältigkeit sterben. Aber wir kommen nicht vorwärts, und das ist nicht weniger bedenklich. Wir müssen und wollen aber vorwärts, und deshalb fordern wir in dieser ersten Stunde eine Leitung, die ganz anders als bisher Wege zu weisen und mitzureißen versteht.

Wo das steht?

In der „Gastwirtsgehilfen-Zeitung“, Organ des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Nr. 45 vom 10. Nov. d. J.

Wir haben dieser Kritik eines Sozialdemokraten (es handelt sich um kein Eingandst, sondern um die Stellungnahme des Redakteurs der Zeitung) nichts hinzuzufügen, sie trifft ins Schwarze. Die „Gastwirtsgehilfenzeitung“ ist nicht etwa sonst ein besonders linksradikales Blatt, sondern immer SPD-fremd und erscheint mit dem Dreipfeileabzeichen am Kopf des Blattes. Es ist die offensichtliche Furcht vor der weiteren Entwicklung, die diese Kritik veranlaßte.

Gewiß, vollkommene Änderung der Politik und Taktik nicht nur bei der SPD, sondern erst recht bei der Gewerkschaftsführung. Das fordern wir schon immer. Aber der gute Mann in der „Gastw.“-Geh.-Ztg.“ ist sehr auf dem Holzweg, wenn er glaubt, durch eine Mahnung an den „Vorwärts“ oder den SPD-Vorstand etwas erreichen zu können. Der Appell muß sich an die Mitglieder massen richten. Nur wenn die Arbeitermassen, auch die sozialdemokratischen Kollegen in den Gewerkschaften mit uns zusammen gegen die katastrophale reformistische Politik kämpfen, wird die notwendige Änderung in der Richtung des revolutionären Klassenkampfes erzwungen.

Der Hunger in Zahlen

Wir entnehmen dem „Deutschen“:

Eine Erhebung der christlichen Gewerkschaften in Witten in Westfalen gibt ein erschütterndes Bild der großen Not.

Erfasst wurden 304 Familien mit 1456 Personen. Die Einkünfte in diesen Familien bestanden: In 72 Fällen aus Arbeit; in 51 Fällen aus Invalidenrente; in 181 Fällen aus Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung. Nach Abzug der Miete verblieb jedem Familienangehörigen je Tag:

7 Familien mit	35 Personen	weniger als 20 Pf.
35	185	„ „ 30
76	375	„ „ 40
76	451	„ „ 50
46	179	„ „ 60
64	231	„ mehr wie 60

Im Durchschnitt betrug der verbleibende

Betrag für den Lebensunterhalt, Kleidung, Miete, Licht und Heizung in allen Familien 45,8 Pf. je Kopf und Tag.

Besonders krasch ist die Feststellung bei den 72 Familien, die ein Einkommen aus Arbeit haben. Von diesen hatten 3 Familien (25 Personen) weniger als 30 Pf., 13 Familien (72 Personen) weniger als 40 Pf., 18 Familien (81 Personen) weniger als 50 Pf., 10 Familien (53 Personen) weniger als 60 Pf., 6 Familien (25 Personen) weniger als 70 Pf., 7 Familien (23 Personen) weniger als 80 Pf., 7 Familien (23 Personen) weniger als 100 Pf., nur 8 Familien (23 Personen) hatten mehr wie 1.00 Mk. pro Kopf und Tag zur Verfügung.

Bei den 304 Familien belief sich das gesamte Einkommen je Monat nur in 13 Fällen auf über 150 Mk. in 67-Fällen schwank-

Bezirk Westfalen-Süd der SAP

Am Sonntag, den 27. November, findet, beginnend um 9.30 Uhr, in Bochum im Lokal Altmann „Märkischer Hof“, Bahnhofstraße (zwei Minuten vom Hauptbahnhof) eine

Bezirkskonferenz

der Vorsitzenden, Schriftführer und Kassierer aller Ortsgruppen und Unterbezirke statt. Vom Parteivorstand ist der Genosse August Siemsen anwesend.

- Tagesordnung:
1. Referat: Die politische Lage und die Aufgabe der SAP. Referent Gen. Dr. August Siemsen-Berlin.
 2. Referat: Parteibeizirk und Aktion. Referent Gen. Willi Decker-Dortmund.
 3. Parteianglegenheiten.
 4. Verschiedenes.

Es ist selbstverständlich, daß keine Ortsgruppe fehlen darf, jeder Parteigenosse hat das Recht zur Teilnahme. Ausweis: Mitgliedsbuch!

Kampfbereit Die Bezirksleitung.

te es zwischen 100 Mk. und 150 Mk. 224 Familien hatten weniger als 100 Mk. In diesen Summen ist dazu das Einkommen der Kinder eingerechnet!

Das ist selbstverständlich nur ein Ausschnitt. So sieht es in ganz Deutschland aus. „Der Deutsche“ als indirektes Zentrumsorgan und Verteidiger der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat dazu nichts weiter zu sagen als:

Diese Zahlen zeigen ein Maß an Elend und Not, das kaum übertraffen werden kann. Der Winter steht vor der Tür. Die Arbeiterschaft erwartet (!!) dringend durchgreifende Maßnahmen. Mit teilweise geringfügigen Unterstützungsaufbesserungen kann die furchtbare Not nicht gemildert werden.

Als ob mit diesen leeren Redensarten der hungernden Arbeiter irgend etwas geholfen wäre! Nein! Die Aufzeigung dieser grenzenlosen Not in Zahlen hat nur dann einen Wert, wenn die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, vor allem die Gewerkschaften nichts „erwarten“, sondern die notwendige Nutzenanwendung aus diesen Zahlen ziehen. Und da alle reformistischen Versuche, alle parlamentarischen Mittel und erst recht alle leeren „Mahnungen“ an die herrschende Klasse und ihre Regierungen, wie die Erfahrung lehrt nichts nützen, nichts nützen konnten, kann die einzig mögliche Schlussfolgerung nur lauten: Sturz, schnellste Beseitigung des kapitalistischen Systems!

Änderung der Nazi-Streiktaktik? Arbeiterverrat um die Spieß wieder zu gewinnen

In der Essener „Nationalzeitung“, die als Organ der Nationalsozialisten für das Ruhrgebiet gilt, erläßt der Chefredakteur dieses Blattes, Graf Schwerin, in einem Leitartikel über den Wahlausgang folgenden Warnruf:

„Wenn diese 12 Millionen (gemeint sind die nationalsozialistischen Wähler) ganz davon erfüllt werden, daß auch im Kampf gegen die Reaktion ein Zusammengehen mit dem Marxismus, auch bei wirtschaftlichen Kämpfen, gar nicht in Frage kommen kann, daß vor allen Dingen ein Zusammenstehen in einer proletarischen Front mit Sozialdemokraten und Kommunisten nie und niemals in Frage kommen kann, dann wird auch mancher Spießbürger, der in den letzten Wochen es mit der Angst zu tun bekommen hatte, weil die NSDAP ihr Bekenntnis zum Sozialismus, zum deutschen Sozialismus, in die Tat umzusetzen begann, die Hemmnisse wieder überwinden die ihm eine jüdisch geleitete Propaganda in den letzten zwei Monaten gewissermaßen auferredet hat.“

Die „Angst der Spießbürger“, die der NSDAP bei der letzten Wahl 2 Millionen Stimmenverluste brachte, besteht eben darin, daß die „Spießbürger“ keinen Spaß mehr an der Hitlerai haben, wenn die Naziproleten zusammen mit „Marxisten“ streiken gegen Lohnabbau und dabei noch durch eine lärmende Agitation der Naziblätter unterstützt werden. Die „Spießbürger“ zeigt sich auch darin, daß sie, besonders die Ruhrindustriellen, durch diese Dinge nicht mehr so freigebig sind in ihrer finanziellen Unterstützung der NSDAP.

Deshalb wird jetzt gerade im Naziorgan an der Ruhr eine Änderung der Taktik angekündigt. Das heißt, der Arbeiter wird verkauft und verraten, um den „Spießbürger“ wieder zu beruhigen. Der Prolet wird dem Geldsack geopfert.

Das ist das wahre Gesicht der stets arbeiterverräterischen Naziarteil

Achtung! Achtung!

Sonntag vormittag, den 20. November, um 10.45 Uhr, findet unsere

November-Kundgebung

im Babylon am Bülowplatz statt. Eintritt 50 Pfg. Erwerbslose 25 Pfg. Die Karten mit dem Datum vom 13. November haben Gültigkeit.